

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaßene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 15. November 1930

34. Jahrgang

Nummer 46

Die Krise der Maschine

In fast allen Ländern der industrialisierten Welt liegen Millionen von Arbeitskräften brach. Der Weg von der Erzeugungstätigkeit der Waren zu ihren Verbrauchern ist gestört. Neue Lieferungen werden deshalb nur in spärlichem Umfange verlangt, was Millionen schaffenswilliger Menschen mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze bezahlen müssen. Weitere Millionen wiederum finden am Tage nur wenige Stunden und in der Woche nur wenige Tage Beschäftigung. Ihre eisernen Kameraden, die Maschinen, teilen dieses Schicksal. Teils feiern auch diese ganz, teils ist ihre Tourenzahl gedrückt. Also auch dort Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Die Maschine aber ist in der Zeit, wo sie unbeschäftigt oder nur halb beschäftigt ist, ausdrucksvoller als der Arbeitsmensch von Fleiß und Blut. Sie gibt sich nicht mit einer kärglichen Arbeitslosen- oder Kurzarbeiterunterstützung zufrieden, sondern sie verlangt nahezu ihren vollen Lohn. Gewiß verzichtet sie auf die volle Nahrung in Form von elektrischem Strom, Gas oder Preßluft, aber diese Posten bilden im Gesamtlöhne der Maschine nur einen ganz bescheidenen, fast unbedeutenden Teil. Der sehr viel größere Rest, der aus der Verzinsung des Anschaffungskapitals und den jährlich vorzunehmenden Abschreibungen besteht, ist auch in der Zeit der Maschinenarbeitslosigkeit oder Kurzarbeit voll zu zahlen. In einer Industriewirtschaft, wo die in den Maschinen schlummernden Kräfte ebenso groß oder noch größer sind als die lebendige Arbeitskraft, ist diese Tatsache in Krise und Hochkonjunktur von eminent wichtiger Bedeutung.

Uns interessiert in erster Linie der Einfluß der Maschine auf den Verlauf der Wirtschaftskrise. Diese überantwortet den Arbeiter der Erwerbslosenversicherung, deren Fonds von Arbeitgebern und dem noch in Beschäftigung stehenden Teil der Arbeiterklasse zu gleichen Teilen gefüllt werden. Den Arbeitslosenfonds für die Maschine hat in der kapitalistischen Wirtschaft der Unternehmer allein zu speisen. Kann er das nicht, ist ihm nicht mehr möglich, die Zinsen für das in den infanteren Maschinen stehende Kapital aufzubringen oder den Betrieb durch Neuerzeugung verbrauchter Anlagen leistungsfähig zu erhalten, dann merzt ihn die Wirtschaftskrise aus dem Produktionsprozess aus. Das starke und leistungsfähige Unternehmen geht als Sieger hervor. Ihm wenden sich die Aufträge zu, erhöhte Ausnutzung der Anlagen und damit sinkende Gestehungskosten sind die Folgen. So überwindet vom Betrieb her gesehen der Kapitalismus die Wirtschaftskrise. Ja, für den Fortbestand des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist die Krise geradezu eine Lebensnotwendigkeit. Sie gleicht dem rauhen Frühlingwind, der die faulen Äste hinwegwegt, um neuen, kräftiger treibenden Keimern zum Leben zu verhelfen.

Wie ist es aber heute? Das Unternehmertum hat sich organisiert, um in gemeinsamer Abwehr die Krisenlasten der Maschinenarbeitslosigkeit nicht selbst tragen zu müssen. Und ihre Organisation heißt Kartell! Es werden in den Zeiten der Krise die Kosten für Verzinsung und Abschreibungen von Maschinen und Werksanlagen auf die verminderte Produktionszahl umgelegt. Dabei wird das Unternehmen als Grundlage genommen, das die höchsten Unkosten je Einheit des Produkts herausrechnet. Alle übrigen stellen danach ihren Preis ein. So ergeben sich widersinnigerweise in der Krise höhere Preise als in normaler Konjunktur! Oder mit anderen Worten, das Risiko für fehlerhafte Kapitalanlagen wird auf den Preis und damit auf die Gesamtheit der Verbraucher abgewälzt. Dadurch nun wird eine doppelte Wirkung ausgelöst. Einmal ist der Unternehmer nicht mehr Träger eines Risikos und zweitens ist keine noch so scharfe Krise mehr imstande, im kapitalistischen Produktionsprozess als Heilmittel zu wirken.

Diese Erkenntnisse heißt es für die Gewerkschaftspolitik fruchtbar zu machen. Wenn der Unternehmer, soweit er sich unter die schützenden Fittiche von Kartellen begibt, nicht mehr gewillt und imstande ist, das Wirtschaftsrisiko zu tragen, wenn der wägende und wagende Kaufmann dem Verwaltungsmenschen gewichen ist, dann ist seine Tätigkeit entsprechend einzuschränken und zu bezahlen. Um Verwaltungsfunktionen auszuführen, brauchen wir weder eine Belohnung durch Dividenden noch durch Tantiemen, die ja beide dem Risikocharakter entsprechen. Es wird dann in der Zukunft der Kampf darum zu führen sein, wer jene wirtschaftlichen Verwaltungsfunktionen auszuführen hat. Die freien Gewerkschaften haben bereits auf ihrem Hamburger Kongress die Forderung nach einer Mitregierung in den großen Wirtschaftskörperschaften erhoben. Die Krise liefert viele neue Berechtigungsgründe für diese gewerkschaftlichen Bestrebungen.

Da der Konkurrenzkampf durch eine Anzahl von Kartellen ausgeschaltet ist, die Selbstkosten in der Krise aber steigen, obgleich die Situation des Marktes den gesunkenen Preis erfordert, ist vom Unternehmertum noch eine zweite Art der Risikoabwälzung entdeckt worden. Die Gestehungskosten sollen vermindert werden durch Abbau der Löhne. Dadurch wird der kapitalistische Ausleseprozess vollkommen unmöglich gemacht. Diese Politik, die nicht einmal im Interesse des kapitalistischen Wirtschaftssystems selbst liegt, die von den Unternehmern nur betrieben wird, weil der einzelne Arbeitgeber Opfer und Risiko scheut, hat auch die Unterstützung der Regierung gefunden. Damit ist das Wirtschaftsrisiko auch von Amts wegen auf die Arbeiterklasse abgewälzt worden. Wer aber das Risiko tragen soll, hat billigerweise auch Anspruch auf Einsicht in die Rentabilitätsverhältnisse und Beteiligung am Risiko nach der guten Seite hin zu verlangen. Dagegen aber sperrt sich das Unternehmertum energisch, und die Regierung denkt ebenfalls nicht diese Konsequenz zu ziehen. Weigert sich aber die Arbeiterklasse berechtigterweise das Krisenrisiko unter diesen Umständen allein zu tragen, dann fehlt ihr und ihren Gewerkschaften die bekannte Einsicht und Objektivität in volkswirtschaftlichen Dingen. Wir können den Kreisen, die derartige Behauptungen aufstellen, die Versicherung geben, daß es an keinem von beiden fehlt. Es fehlen nur auf Gewerkschaftseite alle Voraussetzungen dafür, einen krisenpolitischen Unfug zu verstehen.

Aufsichtsrats- und Direktorenwirtschaft

Es gibt fast nichts mehr, was in den letzten Wochen und Monaten von den Unternehmern als Argument dafür angeführt worden ist, daß nur durch Lohnabbau die Wirtschaftskrise überwunden werden könne. Alle Ladehüter hat man aus der scharfschmerzlichen Kumpelkammer herausgeschickt und damit den Sturm auf die von den Gewerkschaften verteidigten Löhne gewagt. Man ist sogar soweit gegangen und hat großspurig verkündet, daß auch an den Bezügen und Tantiemen der Generaldirektoren und Direktoren abgebaut werden soll. Im Sinne des Regierungsprogramms will man diese Rieseneinkommen um 20 Prozent kürzen und glaubt damit der ganzen Welt ein Beispiel zu geben von der Opferbereitschaft des deutschen Unternehmertums. Man spekuliert offenbar auf die Dummheit und denkt sich dabei, daß andere ja nicht wissen, wie hoch die Einnahmen der Aufsichtsräte und Generaldirektoren sind. Darum ist es angebracht, gerade jetzt daran zu erinnern.

Das Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte umfaßt in seinem letzten Jahrgang über 3000 Seiten gegen nur 1300 Seiten im Jahre 1913. In allen größeren Unternehmungen sitzen die bekannten „Wirtschaftsführer“ zusammen, und nur noch der gilt etwas, der mindestens ein Duzend Aufsichtsratsposten bekleidet. Welche Einkünfte dabei herauspringen, weiß man nicht genau. Es handelt sich aber keineswegs um geringe Summen. Der Farbentrust hat im vorigen Jahre den Aufsichtsratsmitgliedern Vergütungen in Höhe von 30 000 bis 40 000 Mark pro Kopf gezahlt. Es ist schon anzunehmen, daß nicht alle Unternehmungen zur Zahlung solcher Summen in der Lage sind. Nach einer Veröffentlichung des Philologenverbandes bringt der Aufsichtsratsposten mindestens 12 000 Mark im Jahre ein. Aber wenn auch jeder Aufsichtsratsposten nur 10 000 Mark einbringt, so kommt man, wenn man 50 und mehr Aufsichtsratsposten bekleidet, auf eine ganz anständige Summe. Von den Banken ist bekannt, daß sie ihren Aufsichtsratsmitgliedern 20 000 Mark und mehr zahlen.

Einer der meistgenannten Aufsichtsräte ist jetzt Jacob Goldschmidt, Bankdirektor und persönlich haftender Gesellschafter der Darmstädter und Nationalbank. Er vereinigt in seiner Hand bereits 95 Aufsichtsratsposten bei mehr oder minder bedeutenden Aktiengesellschaften und ist Mitglied des Grubenvorstandes von fünf Gewerkschaften des deutschen Bergbaues. Der Hamburger Bankier Paul Hermann, Kommerzienrat und Vorstandsmittglied der Deutschen Bank, ist Mitglied von 68 Aufsichtsratskollegien. Der Direktor der Commerz- und Privatbank, Kurt Solernheim, bekleidet 61 Aufsichtsratsposten, und Justizrat Kempner 64. In 54 Aufsichtsratskollegien sitzt der Geschäftsführer der Berliner Handelsgesellschaft, Karl Fürstberg, sein Kollege Seidels begnügt sich mit 44. Karl Melchior, Bankier und Teilhaber einer Bankfirma, bekleidet 34 Aufsichtsratsposten, der Bankier Ernst Nathan 50, der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Emil von Strauß 34, der Bankdirektor Ostler Schlichter 51. Die im öffentlichen Leben bekannten Persönlich-

keiten, wie Hugenberg, Klöckner, Siemens, Bögler und Bosh, begnügen sich mit zehn bis zwanzig Aufsichtsratsposten. Geheimrat Karl Duisberg, der zur Verwaltung des Farbentrusts gehört, Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist und achtmal zum Ehrendoktor deutscher Universitäten und Hochschulen ernannt wurde, bekleidet zehn Aufsichtsratsposten. Es handelt sich hier fast ausnahmslos um Personen, die dem Aufsichtsrat großer Gesellschaften angehören. Die unbedeutenden kleinen Unternehmungen scheiden für die großen Führer der Wirtschaft aus. Sie wären auch wohl kaum in der Lage, die Ansprüche der hohen Herren zu befriedigen. Umsonst setzt sich keiner von ihnen ins Aufsichtsratskollegium.

Zu der durch die Aufsichtsratswirtschaft entstehenden Belastung der Betriebe kommt noch die Ueberfälligkeit der Verwaltung durch die leitenden Angestellten, also Direktoren und Profuristen. Was vor dem Kriege ein Direktor erledigte, machen heute 3 und mehr. Bei den Arbeitern wird abgebaut, der leitende Apparat aber wird vergrößert. Keiner dieser Herren hält sich für überflüssig. Das „Berliner Tageblatt“ hat vor einiger Zeit einen Fall angeführt, daß in einem Betriebe der Direktor mehr Jahresgehalt bekommt als 24 Angestellte zusammen. Der „Deutsche“ nannte einen Fall, daß der Direktor eines Wertes mehr Jahresgehalt hat als 125 Arbeiter des gleichen Wertes Lohn im Jahre bekommen. Dazu kommt noch die Gewinnbeteiligung, Aufwandsentschädigungen, Reisespesen, Gratifikationen usw. Werden doch die Jahreseinkommen führender Generaldirektoren auf mehr als eine Million Mark geschätzt.

Nicht an den Löhnen der Arbeiter liegt es also, wenn die Betriebe nicht rentabel sind, sondern an der Ueberziehung des Verwaltungsapparates, der Aufsichtsratswirtschaft und den hohen Bezügen der leitenden Angestellten und der Aufsichtsräte. Dadurch kann selbst ein gut geleitetes Unternehmen an den Rand des Abgrundes gebracht werden, die Gehälter betragen das Fünf- bis Zehnfache gegenüber früher, die Aufsichtsräte bekommen neben festen Bezügen, die man früher nicht gefannt hat, noch besondere Zuwendungen, sogenannte Diäten. Sogar Pensionen werden gezahlt, die das Arbeiterereinkommen um Mehrfache übersteigen. Das alles soll der Betrieb abwerfen!

Hier bietet sich den Unternehmern ein Betätigungsfeld für ihre Abbaubehnten. Dadurch würde die Möglichkeit geschaffen, die Preise zu senken und die Löhne zu erhöhen. Die Kürzung der Arbeiterlöhne führt zu einer weiteren Schwächung der Massenkraft und damit zur Verschärfung der Wirtschaftskrise. Der Winter steht vor der Tür, die Not der breiten Masse wächst, schnelle Umkehr ist geboten. Kommt es zur Katastrophe, dann tragen jene die Schuld, die diese Zustände nicht sehen wollten. E. N.

„Die übergroße Basalt-Kapazität“

So lautet das Stichwort zu einer kleinen aber äußerst informierenden Notiz Anfangs November in der Tagespresse. Sehen wir nun, wie es auch auf deutsch richtig heißt, anstelle des Wortes „Kapazität“ — Leistungsfähigkeit und verbinden das deutsche Wort mit dem hier in Frage kommenden Begriff, dann ist der Durchschnittsleser sofort im Bilde, daß viel mehr Schotter erzeugt wird als Bedarf vorhanden ist. Das geht übrigens aus der besagten Notiz, die das Stichwort einleitet, hervor; sie lautet:

Im Zusammenhang mit den Verhandlungen zur Reorganisation der Westdeutschen Basalt-Union wird, wie der „Völkischen Zeitung“ aus Köln gedrahmt wird, auch eine durchgreifende Rationalisierung einsehen, um die Produktion in ein besseres Verhältnis zum Absatz zu bringen. Während die Auftragsmenge in der westdeutschen Basaltindustrie jährlich nur 3½ Millionen Tonnen beträgt, ist die Kapazität über 7 Millionen Tonnen. Es wird mit kleinen Werken verhandelt, die gegen Entschädigung ihre Betriebe stilllegen sollen. Auch die großen Betriebe werden nicht umhin können, einen Teil ihrer Anlagen stillzulegen, um auf diese Weise die Gesamtbetriebe den stark gedrückten Absatzverhältnissen anzupassen. Die Verhandlungen mit den Außenseitern des Syndikats haben bereits zu einem Erfolge geführt. Die Gewerkschaft Seidberg in Bochum ist mit einer Leistungsfähigkeit von ca. 150 000 Tonnen dem Syndikat beigetreten. Mit dem letzten Außenseiter, der Rheinischen Basaltgesellschaft in Molsheim, wird noch verhandelt.

Für die Schotterwerks- und Steinbrucharbeiter, die in diesen Basaltbetrieben auf Beschäftigung angewiesen sind, ist dieser Vorgang der sogenannten „durchgreifenden Rationalisierung“ mehr wie bitter, denn die Unternehmer, die ja erst auf Kosten der Arbeitskraft der genannten Arbeiter hochgekommen sind, erhalten eine geldliche Abfindung, damit sie keinen Schotter mehr erzeugen. Die Arbeiter gucken, wenn sie vor Hunger nicht schlafen können, in den Mond, am Tage mögen sie stempeln gehen. Das ist der bekannte Entwicklungsweg in der kapitalistischen Privatwirtschaft! Er beginnt mit der technischen Rationalisierung der Einzelbetriebe, dann entsteht die Organisation zur Preisbildung, dann folgt die Zuteilung

der Aufträge an die Einzelbetriebe, darauf folgt die kaufmännische Rationalisierung, um bei Ausnutzung der Wirtschaftskrise nur noch wenigen Betrieben den Absatz zu sichern. Das ist wohl überhaupt das Ziel bei Gründung der Basalt-Union gewesen, das ihren Förderern, ohne dem in Worten Ausdruck zu geben, vorgezeichnet hat.

Die großen und kapitalstarken Betriebe bleiben, die schwachen und schwächeren werden mit klingender Münze oder gar Dauerrente abgefunden. Geht das nicht gutwillig, nun dann werden andere Mittel angewandt. So verläuft der Weg und die Methoden fast aller Preisconventionen, der über das Kartell, zum Syndikat und von da zum Trustgebilde als der vorläufigen Endstation, führt. Als wir vor wenigen Jahren die Westdeutsche Basalt-Union bei ihrem Werden als das bezeichneten, was sie in Wirklichkeit darstellt, da wurde unsere Auffassung als abwegig von den Förderern hingestellt, heute aber sehen wir, daß diese „Verbindung zur Erzielung stabiler Schotterpreise“ auf dem besten Wege ist, sich von einem Syndikat zu einer Art Trust zu entwickeln. Und das alles unter der Devise „Rationalisierung“.

In der deutschen Schotter- und Pflastersteinindustrie bestehen zur Zeit noch einige Gebilde oder sind im Entstehen, die der Westdeutschen Basalt-Union nachgeahmt wurden. Diese neuen Gebilde werden mit der Zeit denselben Weg gehen wie das westdeutsche, sie haben, wenn sie des verbrämenden Beiwerks entkleidet, ohne Ausnahme das gleiche nächsterne Ziel: Getrennt marschieren und vereint den Profit sichern! Obgleich wir wissen, daß diese Entwicklung zum Teil auf Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter ausgetragen wird, durch Stilllegungen, Betriebseinschränkungen, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, können wir sie dennoch nicht aufhalten. Es sei denn, daß die Abnehmer wegen Preisdiktat einfach eine rückläufige Bewegung einleiten und sich wieder mehr den Eigenbetrieben zuwenden, wie das vor 5 bis 6 Jahren schon einmal war. Das Ganze wird von den gewerkschaftlich organisierten Steinarbeitern sicherlich nicht unbeachtet gelassen werden dürfen, sonst geht ihre Lebensmöglichkeit noch mehr vor die Hunde, wie augenblicklich schon festzustellen ist.

Die Herabsetzung der Unfallrente

Die Folgen eines Unfalles lassen sich meist nicht sofort genau übersehen und abschätzen. Die Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallversicherung sind aus diesem Grunde nur selten in der Lage, schon kurze Zeit nach dem Unfall eine Rente und besonders die Höhe derselben genau festzulegen. Die Versicherungsträger sind deshalb berechtigt, während der ersten zwei Jahre nach dem Unfall eine vorläufige Entschädigung festzusetzen und zur Auszahlung zu bringen. Die endgültige Festsetzung der Entschädigung (sogenannte Dauerrente) hat jedoch spätestens zwei Jahre nach dem Unfall zu erfolgen. Die Rentenbezieher merken es nun leider sehr oft, daß eine einmal bezogene Rente von der Berufsgenossenschaft geändert wird. Es handelt sich dabei meist um Herabsetzungen des Rentenbetrages. Um die Versicherten vor Nachteilen zu bewahren, soll in den nächsten Zeilen einmal versucht werden, wann und unter welchen Voraussetzungen die Versicherungsträger berechtigt sind, eine einmal festgestellte Rente zu ermäßigen.

Um die Rechtslage beurteilen zu können, muß man zwischen zwei Arten von Rentenbezügen unterscheiden. Es sind dies einmal die sogenannten vorläufigen Entschädigungen, die in der ersten Zeit nach dem Unfall bis spätestens zum Ablauf des zweiten Jahres gewährt werden müssen. Die andere Art der Entschädigung sind die Dauerrenten, die dann gezahlt werden müssen, wenn die Art der Beschädigung und damit die Höhe der Entschädigung für eine längere Zeit hinaus festliegt. Es heißt nun im Gesetz (§ 609 der Reichsversicherungsordnung): „In den ersten zwei Jahren nach dem Unfall darf wegen einer Veränderung im Zustand des Verletzten eine neue Feststellung jederzeit vorgenommen oder beantragt werden. Ist jedoch innerhalb dieser Frist eine Dauerrente rechtskräftig festgestellt worden oder ist die Frist abgelaufen, so darf eine neue Feststellung nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahre vorgenommen oder beantragt werden. Diese Fristen werden auch durch Einleitung eines neuen Heilverfahrens nicht berührt. Die Zeiträume können durch Uebereinkommen gefügt werden.“ Es wird in dieser Bestimmung also festgelegt, daß bis zur Festsetzung einer Dauerrente eine Veränderung der Rentenbezüge von der Genossenschaft jederzeit vorgenommen werden kann. Auch kann dies in dieser Zeit der Rentenempfangung jederzeit beantragen. Nach Festsetzung der Dauerrente darf eine Veränderung des Rentenbezuges nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahre stattfinden. Von Fall zu Fall kann zwischen dem Versicherungsträger und dem Versicherten auch eine kürzere Frist vereinbart werden.

Neben dieser Vorschrift des § 609 besagt ein anderer Paragraph: „Tritt in den Verhältnissen, die für die Feststellung der Entschädigung maßgebend gewesen sind, eine wesentliche Veränderung ein, so kann eine neue Feststellung getroffen werden.“ (Zu bemerken sei, daß Veränderungen auf Grund des § 609 nur dann stattfinden dürfen, wenn die im § 608 festgelegten Voraussetzungen zutreffen.) Es ist auf Grund dieser Bestimmung eine bestimmte Voraussetzung vorgezeichnet. Eine Kürzung der Rente kann nur dann stattfinden, wenn eine „wesentliche Veränderung“ in den Verhältnissen eingetreten ist, die zur Feststellung der Entschädigung maßgebend waren. Die Veränderung darf nicht nur vorübergehender Natur sein, sie muß vielmehr bis zu einem gewissen Grade nachhaltig sein. Weiter muß sie für die Erwerbsfähigkeit des Versicherten von Bedeutung sein. So ist nach der allgemeinen Rechtsauffassung eine Veränderung dann nicht wesentlich, wenn die Erwerbsfähigkeit um nicht mehr als 5 Prozent nach unten oder oben verändert wird. Von Bedeutung ist, soweit es sich um Verletztenrenten handelt, nur eine Veränderung in den bei der früheren Rentenfestsetzung maßgebend gewesenen Unfallfolgen und nur eine solche, die in Abhängigkeit vom Unfall eingetreten und auf die Erwerbsfähigkeit von Einfluß ist. Krankheiten und sonstige Verhältnisse, durch die die Erwerbsfähigkeit des Rentenempfängers ebenfalls beeinflusst wird, können nur dann zu einer Veränderung der Rente führen, wenn sie mit dem Unfall oder seinen Folgen im Zusammenhang stehen. Andere Ursachen und Gründe können nie zu einer Rentenänderung führen. Eine Ausnahme macht nur die sogenannte „Gewöhnung“. Es heißt hierüber in einem bekannten Kommentar zur Unfallversicherung: „Als Veränderung ist, auch ohne daß eine solche im objektiven Befund festzustellen wäre, die durch Gewöhnung entstehende Anpassung an den durch den Unfall verursachten Körperzustand anzusehen. Uebung bei der Arbeit und den gewöhnlichen Verrichtungen des Lebens, die Anpassungsfähigkeit des menschlichen Körpers und der einzelnen Gliedmaßen, das Eintreten unerlehter Organe an Stelle der verletzten minderen eingetretenen Schaden und gleichen ihn bei kleineren Verletzungen ganz aus.“ Es ist nun hinlänglich bekannt, daß gerade mit der Begründung der „Gewöhnung an die Unfallfolgen“ die Genossenschaften gern Rentenrückgehungen vornehmen. Es ist dann stets Sache der Rentenempfänger, die Behauptung der Genossenschaften wegen der angeblichen Gewöhnung zu widerlegen.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß frühere Feststellungen in jedem Falle nur dann geändert werden können, wenn sich die Verhältnisse tatsächlich geändert haben. Der Streit, ob es sich überhaupt um einen entschädigungspflichtigen Unfall handelt, kann bei

Rentenänderungen nicht mehr aufgerollt werden. Desgleichen kann bei solchen Änderungen der früher festgelegte und errechnete Jahresarbeitsverdienst nicht mehr umgestoßen werden. Neben all diesen Bestimmungen tritt selbstverständlich eine Veränderung der Rente ein, wenn die Voraussetzungen sich ändern. (Wegfall einer Kinderzulage bei Erreichung des 15. Lebensjahres usw.)

Die Verwendung von Kraftmaschinen in der Natursteinindustrie

Von dem Wirtschaftsstatistiker R. Wachtel, Charlottenburg, erhalten wir darüber nachstehende interessante Abhandlung:

Im Anschluß an die letzte Betriebszählung führte das Statistische Reichsam eine Erhebung über die in der Industrie verwendeten Kraftmaschinen durch, deren Ergebnisse nunmehr vorliegen. Eine solche Erhebung gestattet einmal einen ausgezeichneten Einblick in die Energiewirtschaft einer Industrie und daraus wiederum kann man wichtige Schlüsse auf die Entwicklung des Arbeitsmarktes ziehen. Zweitens kann man beobachten, wie sich die Industrie den neuen Tendenzen der technischen Entwicklung gegenüber verhält, ob sie beispielsweise die so vielfach zu bemerkende Umstellung auf Elektromotoren mitmacht oder ob sie die Dampfmaschine bevorzugt oder auch ob die neuen Dampfmaschinen bei ihr ein gutes Wirkungsgebiet gefunden haben. Wir hatten schon im Jahre 1907 eine Maschinenzählung. Allerdings war jene Zählung vorwiegend eine Zählung der vorhandenen Arbeitsmaschinen und dabei hatte man sich auf die wichtigsten Apparate zu beschränken. In der Steinindustrie wurden Gesteinsbohrer, Walzwerke, Sägegatter, Brecher, Siebe und Hochwerke erfasst, um nur einige der wichtigsten zu nennen. Die vorliegende Zählung ist im Gegensatz dazu eine reine Kraftmaschinenstatistik, das heißt sie berücksichtigt lediglich Antriebsmaschinen. Und zwar werden alle Unternehmungen gelistet in solche, die über eigene Kraftzeugung verfügen und solche, die lediglich Elektromotoren installiert haben, deren Strom vom Fremdbezogener zu beziehen ist. In der folgenden Tabelle A ist eine Uebersicht über die mit eignen Kraftzeugern ausgerüsteten Betriebe der Steinindustrie gegeben. Bei der Zahl wie der Leistung der Primärmotoren (im Gegensatz zu den Sekundär- oder Elektromotoren) ist gleichzeitig angegeben, wieviel in Reserve steht. Aus dieser Reserve ergibt sich übrigens ein verhältnismäßig guter Schluß auf die Konjunkturlage der Industrie.

A. Die eigne Kraftzeugung.

	Niederl. mit Primärmotor	Zahl der Motoren	davon in Ref.	Nennl. in PS	davon in Ref.
Gewinnung und grobe Bearbeitung von natürlichen Gesteinen	771	1120	128	44 647	6167
1. Gewinnung und Bearbeitung von Sandstein, Muschelsand und Travertin	43	53	5	917	90
2. Bearbeitung v. Sandstein, Muschelsand und Travertin, soweit nicht unter 1	6	6	1	130	8
3. Gewinnung und grobe Bearbeitung von Marmor	41	58	8	3 588	572
4. Gewinnung und Bearbeitung von Kalkstein (außer Muschelsand und Travertin)	44	63	5	1 729	205
5. Gewinnung und Bearbeitung sonst. Weichgesteine	52	107	26	6 888	1680
6. Gewinnung und Bearbeitung v. Hartgestein	353	495	47	19 818	2431
7. Bearbeitung v. Hartgestein, soweit nicht 6	138	183	12	5 930	570
8. Gewinnung und Bearbeitung von Schiefer	70	119	19	4 571	496
9. Gewinnung und Bearbeitung anderer natürlicher Gesteine und Rohmaterialien	24	36	5	1 076	115

Wie aus den Zahlen dieser Tabelle hervorgeht ist die Stärke der Maschinen in den einzelnen Abteilungen sehr verschieden. Bei der Bearbeitung von Marmor und bei der Gewinnung sonstiger Weichgesteine beträgt die Durchschnittstärke der Primärmotoren

62 bzw. 64 PS, in den Abteilungen 1. und 2. aber nur 17 bzw. 21 PS und in den anderen liegt die Durchschnittstärke zwischen 30 und 40 PS. Unter den Maschinen sind neben 43 Wasserrädern die verhältnismäßig hohe Zahl von 82 Wasserturbinen mit 3365 PS die auffälligste Erscheinung. Hier spielen natürlich geologische Gründe eine gewisse Rolle. In der Gruppe 5 sind von 107 Primärmotoren nicht weniger als 29 mit Wasserkraft betriebene. Im Gegensatz dazu ist der Anteil der Wasserkraftmaschinen bei der Hartgesteinindustrie sehr gering. Die Kolbendampfmaschinen stellen in der Steinindustrie etwa zwei Drittel der gesamten Kraftzeugung, Mehr als die Hälfte davon wird von der Abteilung „Hartgesteine“ gebraucht. Während der Anteil der Dampfmaschine an der Kraftzeugung der gesamten Steinindustrie nur 66 Prozent beträgt, ist er in der Hartgesteinbearbeitung allein mehr als 75 Prozent. In anderen Abteilungen ist die Beliebtheit der Kolbendampfmaschine weniger groß und teilweise sinkt die Nennleistung dieser Maschinenartung unter 50 Prozent der gesamten Erzeugung. In diesen Fällen sind dann vorzüglich Dampfmaschinen und in geringerem Umfange Gasmotoren in Gebrauch, während die Dampfmaschine in der Industrie eine ganz unerhebliche Rolle spielt. Die folgende Tabelle B gibt eine Uebersicht über die wichtigsten in der Industrie verwendeten Maschinen. Es ist interessant zu sehen, daß bei der Kolbendampfmaschine die in Reserve stehende Leistung prozentual viel höher ist als bei den anderen Maschinen. Auf die Gründe dafür wird noch zurückzukommen sein.

B. Die wichtigsten Maschinen.

	Zahl der Niederl.	Zahl der Maschinen in Ref.	davon in PS	Nennl. in Ref.
Wasserturbinen	82	7	3 365	266
Kolbendampfmaschinen	325	47	29 775	4905
Gasmotoren	60	9	1 253	246
Schwermotoren	213	24	6 906	454
Leichtmotoren	182	19	2 753	296

Von der Kraftzeugung von 44 647 PS gehen 30 903 PS zum direkten Antrieb von Arbeitsmaschinen, 6167 PS stehen in Reserve und der Rest 7595 PS werden zur Erzeugung von elektrischem Strom verwendet. Bei der in Reserve stehenden Kraft kann es sich sowohl um Kraft handeln, die infolge schlechter konjunktureller Lage nicht ausgenutzt wird, es kann sich aber auch um Maschinen handeln, die der Erzeugung von Elektrizität dienen und stillliegen, weil es sich als rentabler erwiesen hat, Strom zu beziehen als selbst zu erzeugen. Es gibt in der Steinindustrie nur 152 Niederlassungen, die elektrischen Strom zum Antrieb von Arbeitsmaschinen erzeugen und deren Leistung beträgt 7553 Kilowatt. Davon stehen 1881 Kilowatt in Reserve und das restliche 1407 Kilowatt die eben ausgesprochene Vermutung. In der folgenden Tabelle C ist der in den Elektromotoren repräsentierte Verbrauch an elektrischem Strom zusammengestellt und daraus geht hervor, daß die stillliegenden Elektromotoren etwa 12½ Prozent der insgesamt installierten Motoren ausmachen, während bei den Elektrizitätszeugern 25 Prozent der Leistung stillliegt. Darin muß ein Beweis dafür erbracht werden, daß das Verben der Elektrizitätsindustrie erfolgreich gewesen ist und ein Teil der Firmen, die sonst selber Strom erzeugt haben, zum Fremdbezug übergegangen ist.

Von 1170 Niederlassungen, die mit Elektromotoren ausgerüstet sind, decken nur noch ganze 80 ihren Strombedarf ausschließlich durch Eigenerzeugung, alle übrigen arbeiten zum kleinen Teil teils mit eigenem, teils mit fremdem Strom und zum ganz überwiegenden Teil sind sie ganz auf Strombezug angewiesen.

C. Die Niederlassungen mit Elektromotoren.

	Zahl der Niederl.	Zahl der Motoren	davon in Ref.	Nennl. in Kilowatt	davon in Ref.
insgesamt	1170	4486	517	55 098	7019
1	61	191	14	1 633	164
2	17	50	9	407	43
3	69	257	21	1 735	96
4	78	237	25	3 972	448
5	51	270	52	3 751	542
6	601	2 669	103	6 687	3281
7	162	354	61	5 222	1213
8	103	473	30	2 022	669
9	28	185	30	2 022	563

Da im ganzen Gewerbe 1657 Niederlassungen mit Kraftmaschinen ausgerüstet sind, kann man die im Vergleich zu anderen Gewerben auffallende Beobachtung machen, daß eine große Zahl Niederlassungen, und zwar annähernd 50 Prozent mit Primärmotoren arbeiten, ohne außerdem Elektromotoren zu gebrauchen. Es besteht heute eine sehr starke Tendenz in der Industrie, vom Primärmotor abzuwandern, denn der auf Fremdbetrieb eingestellte Elektromotor hat bei der stark schwankenden Wirtschaftslage den Vorteil, wirtschaftlich elastischer zu sein. Insofern ist der hohe Stand der Primärmotoren besonders interessant, denn produktionstechnisch scheint er einen ganz entschiedenen Vorteil gegenüber dem Elektromotor zu haben.

Ein Schneider als politischer Känstschmied

Ein Känstschmied in des Wortes ureigenster Bedeutung war das Schneiderlein, über dessen Bedeutung für die Entwicklung der englischen Gewerkschaftsbewegung hier etwas gesagt werden soll. Der Engländer Francis Place, der 1771 in London geboren wurde und 1854 starb, hat durch seine Känste oder Tricks, wie der Engländer sagt, das Gesicht seines Landes von Grund aus umgewandelt. Francis Place kam in die Lehre als breeches-maker (Reihschneiderei) und machte sich 1810 selbstständig. Sein Geschäft in Charing Cross florierte. Francis Place war ein von den „feinen Leuten“ geachteter breeches-maker. 1818 überließ er sein Geschäft seinem einzigen Sohne, um sich ganz dem politischen Leben zu widmen. Sein Haus wurde zum Sammelplatz vieler bedeutender Politiker jener Periode. Charing ist die breite Straße im Zentrum Londons, die vom Knotenpunkt Oxfordstreet und Tottenham Court Road direkt zum Trafalgar Square läuft, wo die White Hall einmündet, die direkt zu den Häusern der beiden Parlamente an der Themse ausläuft. Schon Ende des achtzehnten Jahrhunderts finden wir den jungen Francis Place in seinem Fachverein, dem Verband der Schneider. Sein Ziel war es, die wirtschaftliche Lage seiner Kollegen zu heben. In England herrschten schlimme Zustände um jene Zeit herum. Außenpolitisch wütete der Krieg gegen Napoleon I. und im Innern des Landes herrschte die schlimmste Reaktion.

Die Erfindung der Dampfmaschine ebnete dem Maschinenzeitalter die Wege. Fabrikschmiede erhoben sich. Jedoch würde es uns von unserem Thema ablenken, wollten wir tiefer in diese Dinge eindringen. Im übrigen wurde durch diese Entwicklung das Schneiderhandwerk in ganz anderer Weise berührt als andere Berufe. Die Maschine, die zunächst die Arbeiter zu Lohnsklaven stempelte, brachte neue, farbig gemusterte Stoffe zu billigeren Preisen, was der Schneiderlei zugute kam.

Unser Schneiderlein war ein ganz besonderer Mann. Kein Volksredner wie William Lovett oder gar wie William Cobbett der Zimmermann, der durch seine Reden und Schriften die Arbeiterklasse zu erwecken suchte, Francis Place war mehr Wirtschaftspolitiker. Als solcher stand er freilich ganz im Banne der liberalen Freiheitsidee, die vom „freien Spiel der Kräfte“ alles Heil erwartete. Die liberalen Lehren stießen bei den Arbeiterführern Cobbett und Lovett auf den schärfsten Widerstand, weshalb auch zwischen diesen und Francis Place ein Einvernehmen undenkbar war. Und doch war letzterer es, der, wie wir gleich sehen werden, durch seine „Hintertreppenpolitik“ der Arbeiterklasse den größten Dienst leistete.

Place verstand es, wie bereits erwähnt, einen Kreis hervorragender Politiker und Parlamentarier um sich zu sammeln. Zu seinen intimsten Freunden und Mitarbeitern zählte David Hume, ein berühmter Philosoph und Parlamentsabgeordneter. Hume beging keine politische Handlung, die nicht vorher mit seinem Freunde Francis Place durchberaten worden war. Die Dispositionen zu den meisten Reden, die Hume im Parlament hielt,

lieferte Place. Francis Place konnte als gestrenger Individualist kein Sozialist sein. Trotzdem neigte er in jüngeren Jahren zum gewerkschaftlichen Leben. Zu den Arbeitern fühlte er sich auch als Meister noch hingezogen. Hatte er doch aus seiner Gesellenzeit die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen von Polizei und Gerichte nicht vergessen, die man gegen die Arbeiter und ihre Bestrebungen angewandt. Das Koalitionsrecht, das schon in 1795 durch allerlei Schikanen praktisch beseitigt war, wurde 1799 durch ein Gesetz völlig aufgehoben. Schon um 1795 wurden in Manchester 15 Spinner, die sich in einer kleinen Wirtschaft zum Zahlabend einer neugegründeten Gewerkschaft zusammenfanden, verhaftet und nach monatelanger Unterjochungshaft vor das Gericht gestellt, um zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt zu werden, weil sie Teilnehmer einer Vereinigung waren.

Im Frühjahr 1824 glaubte Francis Place den Zeitpunkt zum Handeln gekommen. Tag und Nacht arbeitete er an einem Plan. Das Parlamentsmitglied David Hume war Vermittler zwischen Place und einer Reihe anderer Parlamentarier. Einem offenen Kampf gegen die Antikoalitions-gesetze wollte Place nicht, weil dadurch die vereinigte Unternehmerrchaft vom Gegenstand angezogen wurde. Von jetzt an war der Känstschmied in seinem Element. „Es gibt drei Dinge, die verabscheuenswürdig sind“, sprach er zu seinen Freunden: „1. Das Verbot, Maschinen auszuführen zu dürfen, 2. Das Verbot wirtschaftlicher Verbände zu gründen. Versuchen wir also ein Gesetz durchzubringen, womit alle drei Uebel auf einen Schlag verschwinden.“

Selbst die Freunde Francis Place lachten über den scheinbar unsinnigen Plan, drei so verschiedenartige Materien zu einem Gesetz vereinigen zu wollen. Unser Schneiderlein ließ sich jedoch nicht aus der Rolle bringen und im Stillen sagte er sich: „Dein Ziel besteht in der Beseitigung der Antikoalitions-gesetze, die beiden anderen Punkte dienen zur Verschleierung des wahren Zieles.“ David Hume und anderen gelang es in der Tat den Handelsminister Huskisson einzufangen. Warum auch nicht? Die Maschinenfabrikanten seines (des Ministers) Wahlkreises wollten Geschäfte mit dem Auslande machen, waren also für Aufhebung des Verbotes Maschinen auszuführen. Andere wieder verlangten Freizügigkeit, trübten sich gegen die Beschränkungen der Zunftzeit, die dem Maschinenzeitalter widerstrebten. Also gab der Minister nach; ein parlamentarischer Ausschuß zur Durchberatung der Materie war die Folge. Auch das war zunächst nicht einfach. Den meisten Abgeordneten waren die zu behandelnden Probleme zu undurchsichtig. Schließlich lachte man über den ganzen Plan. Die mühevollen Arbeiten unseres Känstschmiedes trugen die ersten reifen Früchte. Zuerst wollte sich niemand durch Teilnahme an diesem Ausschuß compromittieren. Andere Parlamentarier mutete es wie eine Komödie an. Unser Schneiderlein ließ sich aber nicht aus der Ruhe bringen. Von den Wandelgängen des Parlamentes aus spann er seine Fäden. Die Freunde Humes waren bald gewonnen. Schließlich wollte jeder Ausschußmitglied werden. Allerdings war sich der Ausschuß klar darüber, daß die drei angeführten verschiedenen Materien nicht in einen Entwurf paßten; was auch unserem Känstschmied klar war. Aber gab es da keinen Ausweg?

Er besprach die Lage mit seinem Freunde David Hume, der dann im Ausschuß den Standpunkt vertrat: „Warum Dinge, die noch nicht spruchreif und der weiteren Untersuchung bedürfnis, übers Anie brechen?“ Also ließ man den überflüssigen Ballast fallen und einigte sich dahingehend, dem Parlament zunächst nur den kurzen Entwurf zur Aufhebung der Antikoalitions-gesetze zu unterbreiten. Die Parlamentsjuristen wurden mit der Ausarbeitung des Entwurfes beauftragt. Es gelang Place, eine Abschrift aus der Kanzlei zu bekommen. Er änderte den was ausgearbeiteten Entwurf um, brachte ihn mit seinen Wünschen in Einklang, ohne daß der Handelsminister etwas merkte. Die parlamentarische Verhandlung des Entwurfes war planmäßig so gut vorbereitet, daß der Entwurf fast ohne Debatte angenommen wurde. Wohl hatten einige Abgeordnete vor der endgültigen Abstimmung „Wind“ von der Tragweite des Entwurfes bekommen. Es gelang aber David Hume und seinen Getreuen, diese zum Schweigen zu bringen. So ging die Annahme des Entwurfes fast unbemerkt vor sich. Sogar der Presse ließ weiter nichts auf, sie erwähnte die Sache kaum. Bald zeigte sich jedoch die durch das Gesetz geschaffene „große moralische Wirkung“, wie der Volkswirtschaftler Nassan Senior anfangs 1825 schrieb. Sofort nach Erlaß des Gesetzes regten sich die Arbeiter allüberall. Die Fachorganisationen der Arbeiter schossen wie Pilze aus dem Boden. Auch Francis Place war überrascht. Hatte er doch seinen Freunden weisungemäß, durch Gewährung der Koalitionsfreiheit würden sich die Arbeiter um das gewerkschaftliche Leben erst recht nicht kümmern, da sich doch nach der liberalen Freiheitslehre „alles von selbst regelt“. 1825 machte das Unternehmertum verzweifelte Anstrengungen zur Außerkräftigung des lästigen Gesetzes. Man bestürmte den Handelsminister, der jedoch die ganze Materie nur flüchtig studiert zu haben. Es kam indes zu keiner Veränderung der durch das Gesetz geschaffenen neuen Lage.

Die Gewerkschaftsneugründungen kamen meistens über die Gründungsperiode nicht hinaus. Die spontan injenierte Streiks endeten im Nichts, erfens deshalb, weil die elementarsten Grundbegriffe zum Aufbau einer geordneten Organisation fehlten, zum anderen auch deshalb, weil das Jahr 1825 ein Jahr schärferer Wirtschaftskrise war. Die Arbeiterklasse Englands befand sich in einer unbefriedigend jammervollen Lage. Die Wirtschaftskrise war die erste ihrer Art, Sozialgesetzgebung war noch unbekannt, von der Kraft des gewerkschaftlichen Lebens wußte man nichts. Erst in jahrelangem Kampf konnten die Vorbereitungen hierzu geschaffen werden. Doch zurück zu unserem Schneider Francis Place, dem Manne, der durch seine politischen Känste — oder soll man sagen Schiebungen — das moderne Koalitionsrecht schuf. Es ist recht charakteristisch, daß Place die Tragweite seiner Handlung gar nicht begriff. Er, der an der liberalen Freiheitsidee des laissez faire, des Alle-gehen-Lassens glaubte, ging von dem Gedanken aus, die Arbeiter brauchen nur politische Freiheit, im übrigen wird sich alles durch Selbsthilfe regeln. Place begriff nicht, das gesellschaftliche Leben der Menschen untereinander sehe auch gesellschaftliche, oder sagen wir gemeinschaftliche Aktionen voraus. So setzte sich schließlich der gewerkschaftliche Gedanke trotz vieler Rückschläge durch. Ja, die rein politischen Mißerfolge von 1825 bis 1850

Personenkreis der Krisenfürsorge. Nach der neuen Krisenfürsorge (siehe Artikel darüber im „Steinarbeiter“ Nr. 44, 1930) sind grundsätzlich alle Berufe mit Ausnahme der Landwirtschaft und der häuslichen Dienste zugelassen worden, allerdings nur in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern. In den kleineren Gemeinden hängt die Zulassung vom Präsidenten des Landesarbeitsamtes ab.

Dieser Zustand ist für die Mehrzahl unserer Verbandsmitglieder nicht nur bitter, sondern einfach unerträglich; denn Steinbrucharbeiter und Straßenbauarbeiter wohnen zum größten Teil auf dem flachen Lande, und zwar in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. Sie alle wären, wenn die Bestimmung unabhängig, vom Bezug der Krisenunterstützung einfach ausgeschaltet, obwohl die Arbeitslosigkeit unter unseren Verbandsmitgliedern noch beinahe 40 Prozent ausmacht. Unser Verbandsvorstand hat sofort unter Hinweis auf diese Berufsverhältnisse an die Präsidenten des Landesarbeitsamtes eine Eingabe gerichtet und um Entscheidung gebeten. Der Präsident von Niedersachsen hat als erster in unserem Sinne entschieden und uns unterm 31. November 1930 folgendes Verzeichnis der Gemeinden übermittelt, in denen nunmehr die Krisenunterstützung zugelassen ist:

1. Sämtliche Gemeinden der Arbeitsämter Emden, Wilhelmshaven—Rüstringen, Brake, Celle, Helmstedt, Braunschweig, Peine, Hannover, Stadthagen, Hameln, Alfeld, Hildesheim, Goslar, Blankenburg, Northheim und Göttingen,
2. im Bezirk des Arbeitsamtes Leer die Kreise Leer und Weener, und die Gemeinden Ushendorf, Bokel und Papenburg, im Bezirk des Arbeitsamtes Nordhorn die Gemeinden Nordhorn, Bodholt, Bentheim, Gildehaus, Schüttorf, Salzbergen, Lingen, Darne, Laxten, Meppen, Haselünne, Alt- und Neuharen,
- im Bezirk des Arbeitsamtes Osnabrück die Stadt- und Landkreise Osnabrück, der Kreis Nelle, der Kreis Iburg mit Ausnahme der Gemeinden Glandorf, Schwege, Westendorf, Sudendorf, Averdörben und Schierloh, im Kreise Wittlage die Gemeinden Bad Essen, Wehrendorf, Harpenfeld, Lothausen, Ebelkappeln, Schwagsdorf und Rabber, im Kreise Bersenbrück die Gemeinden Bramsche, Ahmer, Epe, Hesepe, Bente, Rieste, Engter, Evinghausen, Kalkriese, Schleptrup, Wörden, Antum, Aslage, Badbergen, Grothe, Wulsten, Ueffeln, Batum und Quakenbrück, im Bezirk des Arbeitsamtes Verden die Gemeinden Dinklage, Clappenburg, Krapendorf, Lohne und Verden und der Amtsbezirk Wildeshausen,
- im Bezirk des Arbeitsamtes Bassum die Gemeinden an und nördlich der Linie Wildeshausen—Harpstedt—Bassum—Neubrunshausen, ferner die Gemeinden Twistringen, Barnstorf, Diepholz, Lembruch und Sulingen,
- im Bezirk des Arbeitsamtes Nienburg die Kreise Nienburg und Neustadt am Rübenberge, die Gemeinde Stolzenau und die östlich der Weser liegenden Gemeinden des Kreises Stolzenau, im Bezirk des Arbeitsamtes Verden die Kreise Verden und Calinghofen, die Gemeinde Hoya und die östlich der Weser liegenden Gemeinden des Kreises Hoya,
- im Bezirk des Arbeitsamtes Oldenburg der Stadt- und Amtsbezirk Oldenburg, der Amtsbezirk Westerstede, vom Amtsbezirk Friesoythe die nördlich des Küstenkanals liegenden Gemeinden,
- im Bezirk des Arbeitsamtes Unterweser die Städte Weser-Imünde, Bremerhaven und Bremerode, die Kreise Lehe und Geestmünde, die Gemeinden des Amtes Blütjadingen, im Bezirk des Arbeitsamtes Bremen der Freistaat Bremen, die Städte Delmenhorst, Rotenburg und Wilslohöhe, der Amtsbezirk Delmenhorst, die Kreise Blumenthal, Osterholz-Scharmbeck und Uthmanneby, die Gemeinden des Kreises Syke und die Ecklave Thedinghausen,
- im Bezirk des Arbeitsamtes Mecklenburg die Gemeinden Soltau, Ebendorf, Mönster, Schnederdingen, Klützingen, Mecklenburg, Oldenstedt, Beerßen, Bevenßen, Lüchow, Rützow, Bergen an der Dumme und Wittlingen,
- im Bezirk des Arbeitsamtes Lüneburg der Stadt- und Landkreis Lüneburg, der Kreis Mirßen, die Gemeinden Bleede, Siggard und Dannenberg.

Der Präsident des Landesarbeitsamtes Westfalen teilt unterm 4. November 1930 mit, daß laut seiner Anordnung vom 3. November 1930 die Krisenfürsorge in Orten unter

zwangen die Arbeiterklasse, zur wirtschaftlichen Aktion überzugehen. Francis Place verstand die Entwicklung nicht. Die moderne gewerkschaftliche Periode entstand auch erst 1850, also nach seinem Tode. Bis an sein Lebensende blieb er ein Einflüßler, der den modernen wirtschaftlichen Klassenkampf nicht verstand. Francis Place fand sich im Gang der ökonomischen Entwicklung nicht zu recht. Die Periode von 1825 bis 1850 war eine Periode schwerer Enttäuschungen. Da der niedergedrückten Arbeiterklasse die Möglichkeit nicht gegeben war, ihren Willen auf parlamentarischem Wege durchzusetzen, kam es zu Revolten. Erst nach 1850 war der Weg zum geordneten Gewerkschaftskampfe frei. Francis Place hat die neue Ära der machtvollen Wirtschaftsverbände der Arbeiter nicht erlebt. Wohl ebnete er durch wohlüberlegte Kniffe und Ränke den Boden für das freie Koalitionsrecht, begriff dann aber nicht die notwendig sich hieraus ergebenden Folgerungen.

Wtz., Köln.

14 Prozent Dividende

(„Deutsche Bergwerks-Zeitung“: Auf die Dividende dürfte das Unglück von Aschdorf ohne Einfluß bleiben, da bis zum Jahre 1912 die 14prozentige Dividende garantiert wird.)

Flammen schlagen aus dem Schacht.
Schachthaus stürzt in Schutt und Scherben
Drinnen in der Grubennacht
Raft der Tod und sat Verderben.

Tja, wenn auch die Grube brennt!
Sicher sind 14 Prozent!

Menschen frißt die heiße Glut,
Frißt zweihundertsechzig Herzen.
Menschen wälzen sich im Blut,
Menschen winden sich in Schmerzen.

Tja, wenn auch die Menschheit flemt!
Sicher sind 14 Prozent!

Kohle! Kohle! Immer ran!
Prekluftkammer in die Hände!
Abkehr, wer nicht schufte kann!
Tempo! Tempo! Dividende!

Tja, da sind wir konsequent!
Sicher sind 14 Prozent!

Was? Du knurrst? Zu wenig Lohn?
Schwere Arbeit? Schicht verkürzen?
Mund gehalten! Keinen Ton!
Sollen denn die Kurze stürzen?

Tja, was man so Wirtschaft nennt!
Sicher sind 14 Prozent!

Viktor Kassinowki.

10 000 Einwohnern für die Angehörigen aller Berufsgruppen im Bereiche der Arbeitsämter Bielefeld, Bockum, Bortrop, Dorfmund, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Hattingen, Herne, Lünen, Ramen, Reddinghausen, Schwelm und Witten zugelassen ist.

Die weiteren Entscheidungen werden wir an dieser Stelle ebenfalls den Kollegen zur Kenntnis bringen, die richtig handeln, wenn sie sich die Ortsverzeichnisse aus ihrem Arbeitsbezirk aufbewahren.

Heppenheim. Den Kollegen zur Kenntnis, daß hier ein ganz miserabler Zustand in bezug auf Arbeit herrscht. Hier liegen beinahe alle Betriebe still. Die große Firma Rieth & Reinmuth ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Leute sind, bis auf einige Pflastersteinmacher, alle entlassen. Die Firma Riedlinger hat ebenfalls den Arbeitern gekündigt, nur einige Marmorarbeiter will sie noch beschäftigen. Bei der Vereinigten Odenwald-Werke finden ebenfalls fortwährend Entlassungen statt. Die kleineren Unternehmer ergötzen sich nur noch auf dem Papier. Die Lage der Arbeiter ist hier einfach trostlos. Nun aber benutzen die Unternehmer diese Situation, um der Arbeiterschaft einen 15- bis 20prozentigen Lohnabbau aufzuerlegen. Sie haben die Lohnabkommen gekündigt, aber zugleich auch der Belegschaft. Sie werden sehr wahrscheinlich versuchen, bei Wiederaufnahme der Arbeit den Kollegen den Lohnabbau zu diktieren. Darum seid auf der Hut, laßt euch nicht verleiten, irgendein Angebot zu unterzeichnen, das nicht mit Hilfe unseres Verbandes und deren Vertretern geregelt ist! In weiterem mögen die Kollegen, die sich immer brieflich an die Unternehmer und Meister wegen Arbeit wenden, sich endlich merken, daß es ganz unfruchtbar ist; denn solange die Kollegen am Ort nicht Arbeit haben, solange wird es das Arbeitsamt nicht zulassen, daß fremde Kollegen zureifen, und selbst wenn sie sich anbieten, unter Tarif zu arbeiten, wie dieses der Steinhauer Alois Hartl aus March bei Regen in Niederbayern getan hat. Folgender Brief beweist das:

March am 16. X. 30

Sehr geehrter Herr Meister!
In dem daß ich von meinen Kollegen erfahren habe will ich sie bitten ob sie keine Arbeitsgäste brauchen können.
Ich bin nämlich jetzt Arbeitslos, ich hoffe daß sie Abjaß haben nun ich wäre ein tüchtiger Steinmeh also schreiben sie mir bitte ob sie Pflastermacher oder Profilsteinmeh brauchen.
Tarif ist nebenläche ich habe schon verschiedene Steine gearbeitet ich kan auch zeugnissen vorstalten

Es grüßt

si vielmalz
Hochachtungsvoll
Alois Hartl
Steinmeh in March
b. Regen Niederbayern.

Wir geben diesen Brief nicht etwa wegen seiner Schreibweise wieder, sondern nur, weil der Mann sich anbietet unter Tarif zu arbeiten. Wir betrachten dieses als eine sehr verwerfliche Tat und bitten, daß derartige Briefe nicht wieder in unsere Hände kommen.

Waldburg i. Schlef. Am 18. Oktober tagte im Restaurant zum Blücher eine Versammlung der Steinseker und Berufsgenossen. Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 3. Quartal; 2. Bericht von der Bezirkskonferenz in Liegnitz; 3. Anträge und Beschiedenes. Vor Eingang in die Tagesordnung ehrte der Vorsitzende unseren bewährten Kollegen Otto Rinmann aus Polnski. Der Kollege hat in diesem Jahre sein 25jähriges Verbandsjubiläum. Der Vorsitzende richtete einen Appell, vor allen Dingen an die jüngeren Kollegen, sich an dem Jubiläum ein Vorbild zu nehmen, der in guten wie in schlechten Zeiten das Banner der Gewerkschaften unbeirrt hochgehalten hat. Hierauf wurde dem Jubilär das Diplom sowie die zwei Hände von Anoll, die Geschichte der Straße, überreicht, die der Hauptvorstand ihm als Geschenk übermittelte. Kollege Rinmann dankt dem Hauptvorstand sowie der Zahlstelle für diese Ehrung und gibt anschließend noch einige Illustrationen erster und heiterer Art aus seinen ersten Verbandsjahren. — Der nun folgende Kassenbericht zeigt recht deutlich, daß in den Zeiten der Wirtschaftskrise äußerste Sparsamkeit am Werke ist. Kollege Reinelt als Kassierer gab der Versammlung bekannt, daß zur schnelleren Sanierung der Lotalkasse Kassierer sowie Unterkassierer auf ein weiteres Prozent der eingegangenen Gelder verzichteten. Dann gab Kollege Hoffmann den Bericht von der Bezirkskonferenz in Liegnitz. Er führte aus, daß aus allen Zahlstellen die Klage kommt, daß immer höher werdende Leistung die Qualitätsarbeit in Frage stellt. Der Kampf gegen die Kundstrafe sei aber nur mit Erfolg zu führen, wenn durch einwandfreie Arbeit die Lebensdauer der Steinstraße garantiert wird. Mehr denn je sei es jetzt notwendig, zusammenzufassen, da die Unternehmer die Bezirkstarife gekündigt haben mit dem Bestreben, einen Lohnabbau vorzunehmen. Unter Punkt Verschiedenes kam es zu einer lebhaften Debatte über die Schreibweise im „Steinarbeiter“. Folgender Antrag wurde darauf mit Mehrheit angenommen: „Die Redaktion möge in Zukunft nicht die halbe Zeitung zugunsten einer Partei verwenden, sondern vielmehr ihr Augenmerk reiflos auf gewerkschaftliche Interessenvertretung richten.“ (Redaktion: Gerade weil diese „eine Partei“ die „gewerkschaftliche Interessenvertretung“ im Parlament darstellt, wurde und wird auch künftig so im „Steinarbeiter“ geschrieben. Das Gewerkschaftliche kam wohl noch nie zu kurz.)

Duisburg. Unsere beruflichen Verhältnisse sind hier, wie ja überall, miserabel. Die Grabmalbetriebe freuten sich mit fertig geschliffenen Kunststeinen und mit einem oder zwei Mann durch, und die Wärmebetriebe sind vereinzelt schon gekippt. Das Scharriergewerbe hat außer dem notorischen und saisonmäßigen Arbeitsmangel schwer unter außertariflichen Aufseherinnen (ehemaligen Kollegen) zu leiden. — Im Rahmen dieser Verhältnisse bewegten sich auch die Ausführungen sämtlicher Kollegen in der Versammlung am 26. Oktober. Der Kollege Berlebach als Kassierer gab den Kassenbericht. Dieser war von den Revisoren für richtig befunden. Die Versammlung erteilte Entlastung. — Jeder Steinmeh, der auf einem städtischen Friedhof arbeitet, muß eine Arbeitsberechtigungstarife besitzen und sich auf Verlangen damit legitimieren, während die Arbeitgeber, die zum Teil keine gelernten Steinmeh sind, eine solche Berechtigungstarife nicht gebrauchen und ihre Arbeit, womöglich noch mit Hilfsarbeitern, ruhig ausführen dürfen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Auch städtische Arbeiten werden von allen möglichen „Schlemihnen“ ausgeführt, nur nicht von den dazu berufenen Arbeitskräften. Wir haben jetzt eine Kommission von drei Kollegen gewählt, die auf jede Weise versuchen soll, diese Zustände zu ändern. — Die Versammlung ehrte den Kollegen Matthias Bläser infolge seines Alters (67 Jahre) und seiner langjährigen, tatkräftigen Mitgliedschaft ganz besonders. Der Kollege ist invalide und erhält auch die Verbandsunterstützung. Aber in Wahrnehmung von Verbands- und Berufsinteressen ist er nicht invalide, sondern von einer Rührigkeit, die uns fast alle in den Schatten stellt. Er ist zwar nicht der Begründer der Zahlstelle, aber er ist hauptsächlich derjenige, der nach dem Zusammenbruch 1918 in jähem, unermüdlicher Kleinarbeit am einzelnen Bläser noch recht viele Jahre in Gesundheit und Rüstigkeit. Möge jeder von uns an seinem Lebensabend dasselbe Bewußtsein haben, stets seine Pflicht getan zu haben, wie er es fühlen muß. — Die Versammlung war mäßig besucht. Schluß um 1 Uhr.

Ueberrahshofen. Am 12. Oktober 1930 tagte in Ueberrahshofen beim Kollegen Karl Schwegler eine Konferenz für Lithojuragebiet. Bezirksleiter Kollege Schorr gab den Tätigkeits- und Rechnungsabfluß für die Bezirksleitung von 1928 bis 1930. Vertreten waren Solnhofen, Langenalkheim, Treuchtlingen, Pappenheim, Ueberrahshofen; Kögling einschuldigt. 11 Delegierte und 2 Gäste waren anwesend, Kollege Karl Bürger führte den Vorsitz. Kollege Schorr gab seinen Bericht als Bezirksleiter, Kollege Möhner, Langenalkheim, als Kassierer und Kollege Lechner, Solnhofen, als Schriftführer. Die Bezirkskasse schloß mit einem Kassenbestand von 118,91 Mark am 12. Oktober 1930 ab. Es wurde Gesamtentlastung der Verwaltung erteilt. Die Neuwahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Gesamtleitung des Bezirks. Revisoren: die Kollegen Hans Pappeler, Solnhofen, und Hans Hüttlinger, Pappenheim. Ein Bericht von dem Vorstandsmittglied der Krankenkasse Weihenburg-Land, Kollege Fried, Grimm, Langenalkheim, wurde lebhaft debattiert. Von den Arbeitsämtern wurde festgestellt, daß das Arbeitsamt Donauwörth den Arbeitern einfach die Unterstützung um eine Klasse zurückgesetzt hat. Die Gauleitung wird sich mit der Sache befassen. Auch wurde eine Anfrage gestellt, die wegen Arbeitsverfözung nach Frankreich an den Verbandsvorstand weitergegeben wird. Gutgeheißener wurde der Schritt des Ortsartells Treuchtlingen vom ADGB, sämtliche Litho- sowie Zuraarbeiter in einem Arbeitsamt zu unterstellen. Weihenburg i. B., Ingolstadt und Donauwörth als Arbeitsämter liegen ungünstig. Gauleiter Herrmann rügte das Verhalten der Zahlstelle Solnhofen wegen Ablehnung des besoldeten Bezirksleiters. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands schloß die Konferenz.

Kaunmünzsch. Am 12. Oktober tagte in Offenburg eine Zahlstellenkonferenz für Mittel- und Südbaden. Anwesend waren Gauleiter Sarfert und 15 Delegierte. Die Konferenz selbst leitete Gauleiter Sarfert, als Schriftführer wurde Kollege Huber gewählt. Tagesordnung: 1. Die panikartige Geschäftslage in der Steinindustrie und ihre Auswirkungen auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse; 2. Die eingetretenen Verschlechterungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, nebst Vortrag über die einschlägigen Bestimmungen zur Krisenunterstützung; 3. Allgemeine Zahlstellen- und Verbandsangelegenheiten. Gauleiter Kollege Sarfert gab Bericht. Das große Interesse zeigte die lebhafteste Diskussion. Allgemein wurde das Anfinnen der Unternehmer auf Lohnreduzierung mit Empörung zurückgewiesen, und zwar wurde dies damit begründet, daß durch die derzeitigen Lebensbedingungen eine Lohnreduzierung unerträglich ist. Von einigen Rednern wurde betont: lieber auf der Straße verhungern, als bei der Arbeit. Man sollte es kaum für möglich halten, was von den Arbeitgebern den Arbeitern alles zugemutet wird. Bei der Firma Riederle ist anscheinend die achtstündige Arbeitszeit bei dem Auftragsmangel noch zu wenig. — In dem Ueber-Bühler Kälteblättern konnte man kürzlich einen Artikel lesen. Da dieser Artikel sich mit Ausführungen eines Steinindustriellen auseinandersetzt, geben wir hier das für uns wichtigste wieder: „Es würden vielleicht manche Betriebe nicht stilliegen, wenn sich die Arbeiterkraft zu einer milderen Handhabung der Tarifbestimmungen bereitfinden würde. Aber da fehlt es noch manchmal an Einsicht; man will bei den verschiedenen Betriebsstätten nicht einsehen, daß der Unternehmer am Ende seiner Kraft angelangt ist, und da bleibt dem Unternehmer eben nichts anderes übrig, als die Hude zuzumachen und die Leute der Erwerbslosenfürsorge aufzuhalten. Hier wird trotz der großen Not immer nur noch acht Stunden gearbeitet; doch wenn deutsche Arbeiter nach Frankreich kommen, dann arbeiten sie zehn Stunden und verdienen noch nicht einmal das, was sie in Deutschland gehabt haben. Die Gewerkschaften feiern mit ihrer kraffen Organisation bei der heutigen sozialen Mißwirtschaft heute noch Triumphe. Doch wie lange wird dieses System noch anhalten? Man würde es ihnen gern gönnen, doch so geht es einfach nicht mehr! Einsicht! — sonst find wir alle verloren; wir und auch Ihr!“

Die Delegierten der Konferenz versicherten, daß heute, trotz der teuren Lebenshaltung, nicht einmal das verdient wird in der Steinindustrie, was vor dem Kriege verdient wurde. Das beweist am besten der Affordlohnfuß in der Pflasterstein- und in der Granitmersteingruppe. „Einsicht“ ist gewiß das Gebot der Stunde, aber Einsicht vor allem mit der Arbeiterkraft. Das ist angebracht wie die Beweisführung“ in dem Artikel des Steinbruchsunternehmer. Eine Lohnreduzierung kann nicht in Frage kommen. Mit dem Anfinnen, mehr als acht Stunden zu arbeiten, steht es ebenso abwegig. Auf Grund von Auftragsmangel sind über 40 Prozent Steinarbeiter arbeitslos, und schon bei einer achtstündigen Arbeitszeit besteht die Gefahr, daß nicht mehr alle in den Produktionsprozess eingereicht werden können. Und nun noch über acht Stunden arbeiten? Wäre Selbstmord! Kollege Sarfert gab dann Aufklärung zu den neuen Bestimmungen über Arbeitslosen-, Kranken- und Krisenunterstützung. — Zum Schluß wurde von den Zahlstellenvertretern ein besseres Zusammenarbeiten gewünscht. Nach einem Appell des Gauleiters Kollegen Sarfert an die Delegierten wurde die anregende Konferenz geschlossen.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Die Urteilsverurteilung des Reichsarbeitsgerichts in der Ferienfreistunde aus dem Reichsarbeitsvertrag der Deutschen Schotter- und Pflastersteinindustrie ist auf den 10. Dezember verlagert worden. — Hoffentlich bewahrt sich in diesem Fall das bekannte Sprichwort: „Was lange währt, wird gut.“

7. Gau: Im Münchner Steinegewerbe bestehen sehr ernste Lohnunterschiede, die jeden fremden Kollegen von München fernhalten.

Im Auslande darf die gewerkschaftliche Organisation und die Mitarbeit in ihr nicht verjährt werden. Wer es unterläßt, sich im Auslande bei der betreffenden Organisation anzumelden, verliert selbstverständlich seine Rechte bei evtl. Rückkehr im Heimatlichen Verband. Nachzahlungen von Beiträgen in der Heimat, die im Auslande hätten geleistet werden müssen, sind unzulässig.

Zur Beachtung: Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Rundschau

„Mitteldeutsche Basalt-Einigung“. Unterm 30. Oktober meldet die Boffische Zeitung aus Kassel: „Die Wirtschaftskrise hat die Basaltindustrie der Provinzen Hessen-Nassau und Hannover zu Einigungsverhandlungen gezwungen, die heute in Kassel mit der Gründung der Hesses-Hannoverschen Basalt-Union GmbH. Kassel abgeschlossen wurden. Bisher werden etwa vier Fünftel aller Steinbrüche des Bezirks vom Kartell erfasst. Anfallende Aufträge sollen quotenmäßig auf die einzelnen Betriebe verteilt werden. Verhandlungen mit den Behörden und Kommunalverbänden, die nach dieser Richtung angeknüpft worden sind, werden als ausichtsreich bezeichnet. Das Kartell wünscht planmäßig gegen Kampfpreise in der Basaltindustrie zu arbeiten und erwartet aus den Koststandsprogrammen eine wesentliche Besserung der Beschäftigung.“

Negatives Abstimmungsergebnis im Kupferschmiedeverband. Der Verband der Kupferschmiede hat erneut darüber abgestimmt, ob er sich mit dem Metallarbeiterverband verschmelzen will oder nicht. Wochens hindurch wurde diese Frage bei den Kupferschmieden lebhaft erörtert. Der Vorstand hat sich für die Verschmelzung nachdrücklich eingesetzt. Trotzdem ist ein negatives Ergebnis zu verzeichnen. Von den 7045 Mitgliedern haben 5458 oder 77,5 v. H. an der Abstimmung teilgenommen. Es wurden 2433 Stimmen für und 2989 Stimmen gegen den Zusammenschluß mit dem Metallarbeiterverband abgegeben. Damit haben sich rund 55 v. H. von den Abstimmenden gegen eine Verschmelzung erklärt.

Bankdirektor Ritter von Stauß an Adolf Hitler. Der Direktor der Debitant, Ritter von Stauß, der kürzlich das Vergnügen hatte, Herrn Hitler als seinen Tischgast bei sich zu begrüßen, während von derselben Stunde Herr Fritsch im Reichstag die „Sozialisierung der Bank- und Börsenmärkte“ beantragte, schreibt in der neuesten Nummer des „Bank-Archiv“ folgendes an Hitlers Adresse:

„Die Vertrauenskrise kann allerdings eine verhängnisvolle Verschärfung erfahren, wenn in Anträgen politischer Parteien das Privateigentum und sonstige private Rechte bedroht werden und wenn die Beunruhigung durch undurchsichtige gesetzgeberische Vorschläge verstärkt wird, welche an die Grundlagen der deutschen Kreditwirtschaft rühren und damit an die Grundpfeiler der Wohlfahrt des Landes und seiner produktiven Stände (zu denen die Arbeiter und Angestellten nach der Meinung des Ritters von Stauß nicht gehören) Red.)“ Möge nicht vergessen werden, daß verstärkter politischer Einfluß auch verstärkte Verantwortung für alles Unheil in sich schließt, welches schon allein dadurch entstehen kann, daß solche Anträge vielleicht da oder dort im Inland oder Ausland ernst genommen werden könnten, obwohl kaum ein einsichtiger Mensch ihre Verwirklichung für möglich hält.“

Herr Hitler kann zufrieden sein: sein „jüdischer“ Gattgeber, der „Bank- und Börsenfürst“ Ritter von Stauß, hat ihn richtig verstanden und — nimmt seine Sozialisierungs-Anträge nicht ernst. Und die kleine väterliche Ermahnung tut ihm nicht weh und kostet Herrn von Stauß nichts!

Wie wirkt die Arbeitszeitverkürzung auf die Arbeitslosigkeit? Die Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit sehr wesentlich vermindert werden kann. Das Institut für Konjunkturforschung hat diese Frage ebenfalls untersucht. Nach seiner Schätzung arbeiten in der Industrie gegenwärtig 6 Millionen Industriearbeiter 48 Stunden und mehr in der Woche. Wenn die Arbeitszeit auf 44 oder 40 Stunden vermindert werden soll, müssen alle Arbeitskräfte dieser Zahl hinzugerechnet werden, bei denen die Arbeitszeit 44 bis 48 oder 40 bis 48 Stunden beträgt. Das Konjunkturinstitut kommt zu einem Ergebnis, „daß von den Arbeitern, die gegenwärtig mehr als 44 Stunden in der Woche arbeiten, rund 330 Millionen Arbeitsstunden je Woche geleistet werden. Bei einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden würden statt der tatsächlich beschäftigten 6,8 Millionen Arbeiter nunmehr 7,5 Millionen Arbeiter erforderlich sein, um das gleiche Arbeitsquantum zu verrichten. Es ergebe sich also eine mögliche Mehrbeschäftigung für etwa 0,7 Millionen Arbeiter.“ Bei einer Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden würde eine rechnerische Mehrbeschäftigung für 1,5 Millionen Arbeitskräfte erreicht werden. Dieses nicht ungünstige Resultat kann jedoch nach Meinung des Konjunkturinstituts nicht erzielt werden, weil Ausgleichshemmungen regionaler und branchenmäßiger Natur dem im Wege stehen. Außerdem wird angenommen, daß die Aufwendung erhöhter Produktionskosten notwendig ist. Bezüglich der Wirkungen auf Einkommen und Verbrauch wird angenommen, daß die gesamte Lohnsumme nach Durchführung der Arbeitszeitverkürzung ungefähr gleich bleibt. Die Einkommensverminderung bei den Industriearbeitern, deren Arbeitszeit verkürzt würde, hätte einen Verbrauchsrückgang dieser Bevölkerungsmasse zur Folge, der sich vor allem bei dem elastischen Bedarf auswirkt. Die Verbesserung der Lebenshaltung der Neueingestellten würde sich vor allem bei dem gesteigerten Verbrauch von Nahrungsmitteln bemerkbar machen. Das Konjunkturinstitut glaubt also Bedenken gegen die Verkürzung der Arbeitszeit äußern zu müssen. Wenn diese auch nicht vollständig von der Hand zu weisen sind, so ist unseres Erachtens der Nutzen der Arbeitszeitverkürzung doch erheblich größer als die Bedenken, die dem entgegenstehen. Deshalb halten wir nach wie vor eine generelle Verkürzung der Arbeits-

Adressenänderungen

- 5. Gau: Bochum. Kass.: Aug. Wachowiak, Normannenstraße 34. — Duisburg. Kass.: Joh. Berlebach, Grünstraße 49.
- 9. Gau: Gumbelshelm. Vorj.: Johann Jost, Gumbelshelm (Schlichtern-Land) Nr. 3. — Ortenberg. Vorj. u. Kass.: Joz. Wagner. — Oberherten. Vorj.: Otto Schmitt. — Billmar. Kass.: Joz. Adermann, Ralkstraße 119.
- 11. Gau: Neukloster. Kass.: Helm. Neumann, jun., Mollkestr. 34, I. — Neumünster. Vorj.: Gustav Dühnhorst, Färberstraße 21.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Verammlungen.
In Kolberg am 23. November um 9 Uhr bei Gühlke, Stettiner Str. Groß-Berlin-Caputh. Am Sonnabend, dem 15. November, sind bei Hoffmann die Wohlfahrtsbücher abzugeben.
Vertikaler Reisezuschuß wird nicht mehr gezahlt in Nordhausen.
Schweidnitz. Der Steinseher Robert Mehgig ist trotz mehrmaliger Aufforderung seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen und hat sich damit selbst außerhalb des Verbandes gestellt. Der Genannte gilt also als ausgeschloffen.
Austlandsarbeit. Die Steinhauer Joseph Knauer, geb. 29. 12. 1902, August Moosmüller, geb. 30. 10. 1908, Joseph Kramheller, geb. 3. 4. 1902, wurden durch das Arbeitsamt Deggendorf nach dem E. I. S. J. vermittelt; sie sind nun von dort unter Zurücklassung eines großen Tasen verschwunden. Die Leidtragenden sind arme Arbeiterfamilien. Die Adressen möge man dem Verbandsvorstand mitteilen und die Säumigen zur Regelung anhalten.

zeit auf 40 Stunden für notwendig, angesichts der Tatsache, daß in den kommenden Monaten die Arbeitslosigkeit ganz wesentlich steigen wird.

Hinterhältigkeit der Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten hatten ihren Mitgliedern die Teilnahme am Metallarbeiterstreik mit schwülstigen Redensarten empfohlen. Der berüchtigte Goebbels hatte die Parole ausgegeben: „Nationalsozialisten! Stellt euren Mann! Kein Rad darf sich drehen und keine Hand darf ein Werkzeug in Bewegung setzen! Wer Streibcherearbeit leistet, wird aus dem NSDAP ausgeschlossen“. Einige Tage später hatte der Landesverband der Metallindustriellen Sachsen zu einer Mitgliederversammlung auch Hitler eingeladen. Dieser aber kam nicht selbst, sondern schickte einen Vertreter, welcher bat, die Teilnahme der Nationalsozialisten am Streik zu entschuldigen. Ein Verbot wäre nicht möglich gewesen, weil sonst die Berliner Arbeiter in Massen zur Sozialdemokratie übergetreten wären. So sieht diese angebliche deutsche Arbeiterpartei aus. Hinterhältigkeit und Zweipaltigkeit bei jeder Frage.

Der 7. Deutsche Bauhüttenstag

Der am 27. und 28. Oktober 1930 im großen Plenarsaal des vorläufigen Reichswirtschaftsrates in Berlin tagte, gab in drei großen angelegten Vorträgen der Genossen Rudolf Wissell, Otto Kade und Albert Lück ein Bild von der erfolgreichen Arbeit der deutschen Bauhütten für die Allgemeinheit des deutschen Volkes. Nach einer, die Bedeutung der Tagung würdigen Begrüßungsansprache des Reichstagsabgeordneten und Vorsitzenden des Aufsichtsrates des Verbandes sozialer Baubetriebe, Genossen Nikolaus Bernhard, sprach Genosse Wissell über die notwendige Zusammenarbeit der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften und der Konsum- und Bauernschaften. Unter Anführung der legendären Arbeit der Konsumgenossenschaften mit ihrem ständig wachsenden Umsatz und ihren vorbildlichen Eigenbetrieben, der sich kräftig zugunsten der arbeitenden Volksgenossen auswirkenden Geldwirtschaft der Arbeiterbank und der Volksfürsorge hob Wissell die Selbsthilfebestrebungen der Gewerkschaften zur Ueberführung der Bauwirtschaft in die Gemeinwirtschaft hervor, um an die Stelle des privaten Profitstrebens die Hingabe jedes einzelnen an die Allgemeinheit zu setzen.

„Haben Sie schon einmal erlebt“, so führte Wissell am Schluß seines Vortrages aus, „daß ein Vertreter der individuellen, der kapitalistischen Wirtschaft, Aufträge einer sozialen Bauhütte oder sonst einem gemeinwirtschaftlichen Unternehmen hat zukommen lassen? Er hat es selbst dann nicht getan, wenn die Preise sich billiger stellten. Aber haben wir nicht schon das Gegenteil erlebt? Sollten nicht manche Lehren aus dieser Tatsache gezogen werden müssen? Lehren aber auch noch auf anderen Gebieten! Ich glaube, es wird niemand beitreten, daß die Gemeinwirtschaft auf eine geschlossene enge Front der ihr im Wesen entgegengesetzten kapitalistischen Wirtschaft stößt. Wo aber finden wir die gleiche einmütige Geschlossenheit auf der Seite der Gemeinwirtschaft? Fehlt es bei uns am Zusammengehörigkeitsgefühl, an der Erkenntnis der Notwendigkeit des gegenseitigen Förderns und Unterstützens? Sind die Schalen kapitalistischen Denkens noch nicht restlos von uns abgefallen? Reiste nicht einmal wirklichen kapitalistischen Denkens? Blüht ein Vertreter kapitalistischer Wirtschaft lediglich auf den Preis oder sieht er nicht auch auf die Güte der Ware?“

Dann sprach Otto Kade über die technische Entwicklung der sozialen Baubetriebe und Albert Lück, Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, gab an Stelle des erkrankten Geschäftsführers, Genossen August Ellinger, den Geschäftsbericht des Verbandes sozialer Baubetriebe. Rund 130 Betriebe mit vielen Baubetrieben und Baustoffbetrieben haben bis Ende 1929 über 70 000 Kleinwohnungen erbaut. Beschäftigt waren in diesen Betrieben im Jahre 1929 zur Zeit der besten Bautätigkeit rund 29 000 Arbeiter und Angestellte. Der gegen das Jahr 1928 um 14 v. H. gesteigerte Umsatz betrug 1929 rund 138 Millionen Mark. Die für 1929 bilanzmäßig ausgewiesenen Ueberbühne in Höhe von 17 000 000 Mark sind um 329 000 Mark höher als 1928.

Nach einer eingehenden Aussprache über diese drei Vorträge, die sämtlich reichen Beifall fanden, nahm der Bauhüttenstag zur Behebung der Wirtschaftskrise eine entsprechende Entscheidung an.

Die zur Jahresschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe erschienene Jubiläumsnummer der Sozialen Bauwirtschaft, gibt auf 128 Seiten eine Fülle wertvoller Anregungen. Die reichhaltigste Sondernummer kann zum Preise von 4 Mark von der Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes bezogen werden.

Preisentung bis zum letzten Verbraucher. Es besteht die große Gefahr, daß die Preisentung, die hier und da namentlich bei den Grundstoffen vorgenommen wird, in dem Maßherrs der Zwischenstellen verliert, ohne dem letzten Verbraucher zu gute zu kommen. Der Reichswirtschaftsminister hat Veranlassung genommen, in einem Schreiben an die Landesregierungen auf die durchgehende Preisentung aufmerksam zu machen. Er bittet darauf hinzuwirken, daß die Ermäßigung der Produktionspreise bis zum letzten Verbraucher restlos zur Auswirkung kommen. Deshalb sollen hauptsächlich die Kohlenhandelsorganisationen zu Preisermäßigungen veranlaßt werden. Weiterhin hält es der Minister für dringend erforderlich, daß die Herabsetzung der Kohlenpreise auch in der Tarifpolitik der Kommunalbetriebe (Gas, Wasser, Kraft- und Lichtstrom usw.) in geeigneter Weise zum Ausdruck gelangt. Dieser Schritt des Reichswirtschaftsministers ist zu begrüßen. Auf die Dauer ist es unmöglich, daß die Fahrpreise der Straßenbahnen das 2/3-fache des Vorkriegspreises ausmachen und die Kosten für Gas, Licht und Wasser weit über dem allgemeinen Preisniveaum stehen.

Vorschläge der preussischen Regierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Die preussische Regierung hat Vorschläge gemacht, wie die Arbeitslosigkeit durch praktische Maßnahmen gelindert werden kann. Sie empfiehlt die Senkung der Arbeitszeit überall, wo es nur angängig ist. Dies soll geschehen in Form einer gesetzlichen Regelung dahingehend, bei notwendiger Arbeits Einschränkung eine Arbeitszeitverkürzung vorzunehmen, damit die Arbeitslosigkeit durch Entlassungen nicht gesteigert wird. Weiter schlägt die Regierung vor, vorübergehend die Schulpflicht um ein Jahr zu erweitern. Die Einführung eines neunten Schuljahres, welches vornehmlich einer Berufsvorbereitung dienen soll, würden rund 250 000 jugendliche Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt ferngehalten. Dieses Angebot kann dann durch jugendliche Arbeitskräfte ersetzt werden, wodurch die Arbeitslosigkeit wesentlich vermindert würde. Man nimmt an, daß dadurch an Arbeitslosenermittlung 200 Millionen Mark gespart werden könnten. Dieser Vorschlag der Regierung muß die Unterstützung der Arbeiterschaft finden. Es ist durchaus nicht notwendig, daß jugendliche, halbtätige Menschen, bereits mit 14 Jahren in das Erwerbsleben gestoßen werden.

Das Programm der preussischen Regierung sieht weiter vor, durch gesetzliche Maßnahmen die ausländischen Wanderarbeiter vom deutschen Arbeitsmarkt fernzuhalten. Die annähernd 100 000 Arbeiter aus dem östlichen Europa, die alljährlich als Wanderarbeiter kommen, müssen durch einheimische Arbeitskräfte ersetzt werden. Auch dies ist ein Vorschlag, der von den Gewerkschaften unterstützt werden muß. Im weiteren Programm sieht die Regierung vor, durch Meliorationsarbeiten und die Kultivierung der Hoch- und Niedermoorflächen landwirtschaftlichen Boden neu zu schaffen. Es sollen jährlich 135 Millionen Mark auf die Dauer von drei Jahren hierfür ausgeworfen werden. Man hofft, hierdurch 80 000 Arbeiter laufend zu beschäftigen. Dadurch würde Brachland in gutes Ackerland verwandelt und der Volkswirtschaft ein großer Dienst erwiesen.
Hoffentlich werden die Vorschläge der preussischen Regierung alsbald in die Tat umgesetzt. Es ist erfreulich, daß die größte der deutschen Landesregierungen, die unter sozialdemokratischer Führung steht, von sich aus zu praktischen Maßnahmen greift. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, die Schwierigkeiten, die diesem Programm entgegenstehen, hinwegzuräumen zu helfen.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Betr. Ablauf der Mitgliedsbücher: Einige Kollegen sind der Meinung, daß die neuen Mitgliedsbücher schon ab 1. Oktober in Umlauf gesetzt werden sollten, weil die Vorarbeiten zur Ausstellung der neuen Bücher mit diesem Termin abschloffen. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Bücherwechsel erst mit dem Jahreswechsel vor sich geht, also die alten Bücher noch bis zum Jahresluß zu benutzen sind.
*

Bis zum 10. November haben folgende Zahlstellen noch keine Abrechnung vom 3. Quartal eingeliefert:

- 1. Gau: Dt. Enlau, Friedeberg, Lubes, Neuruppin, Wangerin.
- 2. Gau: Glast, Hindenburg, Wenig-Ratwig, Crossen.
- 3. Gau: Scheibenberg.
- 4. Gau: Arnstadt, Heberndorf.
- 5. Gau: Bottrop, Hattingen, Morsbach.
- 6. Gau: Ulsbach, Eberbach, Speyer.
- 7. Gau: Pauten.
- 8. Gau: Reichenhausen, Roth/Rhön.
- 9. Gau: Fehli-Rixhausen, Hoberg/Westerwald, Roth/Dillkreis, Weitefeld.
- 10. Gau: Homberg/Kassel, Zierenberg.
- 11. Gau: Zöbenbüren.

Auf Antrag der Zahlstelle Aue i. E. wurde der frühere Kassierer Johann Höger wegen Ueberschlagung von Verbandsgeldern ausgeschloffen.

Bücher und Zeitschriften

„Die Arbeit.“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleitung Lothar Erdmann. Heft 10 1930. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mbH, Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 Mark, für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mark.
In dem neuer erschienenen 10. Heft der „Arbeit“ verfußt der bekannte Soziologe Professor Dr. Theodor Geiger in einer großangelegten Untersuchung den sozialen Standort des alten und neuen Mittelstandes zu bestimmen, wobei er zu dem Resultat kommt, daß den beiden Mittelständen eine Kollektivbiologie fehle, die ihrer Schichtlage entspricht. — Dr. Hans Reicher gibt eine ausführliche „Sozialistische Analyse des Wahlergebnisses“. — Fritz Kappela stellt seinen im letzten Heft begonnenen Aufsatz „Die Reform des Aktienrechts“ fort. — Dr. Erwin Kawitz untersucht die finanziellen Gefahren, die sich aus der außerordentlichen Arbeitslosigkeit neben ihrer sozialpolitischen, wirtschaftlichen und politischen Problematik ergeben. — Von besonders aktueller Bedeutung ist der Aufsatz von Franz Splitt: „Regierungsprogramm und Ueberwindung der Arbeitslosigkeit.“
In der Rundschau behandelt Erwin Marxquardt Fragen der Volkshochschulen und der freien Volksbildung, Franz Joseph Furtwängler das Ueber-einkommen über koloniale Zwangsarbeit. Eine Schriftenübersicht beschließt das Heft.

Der Volksbetrieber der Nationalsozialisten. Reichstagsrede des Abgeordneten Dr. W. Hoegner. Verlag J. H. W. Diez Nachf., Berlin SW 68, Preis 20 Hfg. Mit der Hoegnerschen Rede eröffnet der Verlag J. H. W. Diez eine Schriftenreihe, die der politischen Schulung der Massen gewidmet ist. Jeder, dem die politische Erziehung des deutschen Volkes am Herzen liegt, wird für die Massenverbreitung der Rede Hoegners sorgen.

Deutsches Wandern 1931. Ein Text- und Bild-Album, Preis 2 Mark. Herausgeber und Verlag: Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen, Hildesheim in Wolfen. Zu beziehen durch jede Buchhandlung.
Die zahlreichen Aufnahmen geben einen trefflichen Einblick in das wachsende Reichsherbergwesen. Hunderte von Strophen deutscher Dichter befragen die Schönheit des Wanderns, Sprüche reden von seinem Wert für jung und alt, für Geist und Körper. Die verschiedenen deutschen Landschaften sprechen nicht nur in Bildern zu dem Beobachter, sondern auch in zahlreichen, meist humorvollen Wunderräuseln. Dieser Jahresschrift verdient es, in Haus und Schule, in Lernern und Jugendheimen als Freude schaffender Begleiter durch das Jahr benutzt zu werden.

Freudenbüchlein 1931. Ein Jahrbüchlein für unsere Jugend zur Pflege der Heimatliebe und des Naturgenusses bei frühem Wandern und Reisen. Herausgeber und Verlag: Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen, Hildesheim i. Bf. 64 S., 20 Pfennig. Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Anzeigen

Nauen Mitgliederversammlung am Sonntag, 16. November 1930, um 9.30 Uhr, bei Malinowski. Tagesordnung: 1. Bericht von den Versammlungen in Spandau. 2. Bericht von der Bezirkskonferenz Gr.-Berlin. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollzähliges, pünktliches Erscheinen. Die Ortsverwaltung. I. A.: P. B. a. u. m.

Den bekannt
guten u. best-
bewährten
handgearbeit.
Steinbruch-
schuh,
N 14.75
Realste
Beliefer.
Hochw.
Qualit.



Verlangen
Sie
Preislste
Herm.
Welbers
Beruf-
schuh-
werk
Bad
Godesberg

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 15.— Mk., aus II-Drahtleder 9.— und 6.50 Mk., Mauersocken 1.20 Mk. Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 17.—, II 15.—, III 11.— Mk. vers. n. Maß B. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2

Pflasterhämmer aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechlangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Bücher die in kein Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstr. 6

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- In Königsbrück i. Sa. am 24. Oktober der Hilfsarbeiter Paul Rentsch, 32 Jahre alt, 8 Tage krank, Gehirnentzündung.
 - In Berlin am 29. Oktober der Sandsteinmetz Hermann Frank e, 73 Jahre alt, 2 Jahre krank, Aderverkalkung; am 31. Oktober der Hilfsarbeiter Willi Müller, 47 Jahre alt, 17 Tage krank, Magengeschwulst; am 2. November der Steinmetz Herm. Klingner, 68 Jahre alt, 1 Jahr krank, Herzschlag.
 - In Edenstetten am 29. Oktober der Granitsteinmetz Joseph Ernst, 57 Jahre alt, 8 Wochen krank, Lungenlähmung.
 - In Pirna am 29. Oktober der Sandsteinmetz Martin Max, 57 Jahre alt, 5 Tage krank, Nierenentzündung.
 - In Kassel am 30. Oktober der Steinmetz Heinr. Eggert, 64 Jahre alt, 14 Wochen krank, Straßenunfall.
 - In Königsberg i. Pr. am 30. Oktober der Steinmetz Wilhelm Fischer, 60 Jahre alt, Schlaganfall.
 - In Flossenbürg am 30. Oktober der Granitsteinmetz Martin Sterl, 21 Jahre alt, 3 Tage krank, Herzlähmung.
 - In Hamburg am 1. November der Schleifer Wilhelm Link, 51 Jahre alt, 17 Wochen lungenkrank.
 - In Striegau am 1. November der Granitsteinmetz Paul Bredel, 53 Jahre alt, 14 Monate magenkrank; der Brecher Julius V o g t, 72 Jahre alt, Altersschwäche; am 3. November der Granitsteinmetz Hermann Weiß, 63 Jahre alt, lungenkrank; am 4. November der Granitsteinmetz Paul Meisel, 55 Jahre alt, 2 1/2 Jahre lungenkrank; der Granitsteinmetz Paul Seewald 65 Jahre alt, Freitas.
 - In Frankfurt a. M. am 2. November der Sandsteinmetz Karl Körner, 49 Jahre alt.
 - In Elbing am 3. November der Steinsetzer Otto Graw, 27 Jahre alt, Blutsturz.
 - In Magdeburg am 4. November der Hilfsarbeiter Willi Holste, 50 Jahre alt, 4 Wochen krank, Blutvergiftung.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Seibold, Verlag: Ernst W in d e r, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.